



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/92 - 22.4.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zur Schulstreit in Niedersachsen	S. 1
Portrait des chinesischen Aussenministers	S. 3
Freie Fahrt nach Frankreich	S. 5

Die Solidarität des Bischofs

- mit Hannover

Der Bischof von Münster ist der Oberhirte der Katholiken von Oldenburg und für Oldenburg wird das neue Schulgesetz Niedersachsens aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht gelten. Das hatte Ministerpräsident Kopf dem Bischof am 2. März schlicht und sachlich mitgeteilt. Bischof Keller gab sich damit nicht zufrieden; "in aller Deutlichkeit" schrieb er zurück, erkläre er sich "jetzt und für alle Zukunft mit allen Katholiken Niedersachsens solidarisch". In diese Solidarität schloss er "die Katholiken des ganzen Bundesgebietes und der übrigen katholischen Welt" ein. Nun musste er sich von Kopf an die "nicht minder begründete Solidarität mit dem ganzen deutschen Volk" und an den Hirtenbrief seiner italienischen Kollegen vom Februar dieses Jahres erinnern lassen, in dem der Protestantismus mit etwas milderem Worten, dem Sinn nach aber doch als Vorläufer des atheïstischen Kommunismus bezeichnet wurde. Die Mehrheit des deutschen Volkes aber, so stellt Kopf unwiderlegbar fest, bekenne sich zum protestantischen Christentum.

Die Auseinandersetzung zwischen der niedersächsischen Staatskanzlei und den katholischen Bischöfen ist, wie diese Zitate aus dem umfangreichen Briefwechsel zeigen, auf einem Stand angelangt, bei dem man sich zum eigentlichen Schulgesetz rein sachlich nichts mehr zu sagen hat; die Fortsetzung des Schriftwechsels wird daher mehr als problematisch. Alle Argumente und Gegenargumente sind von beiden Seiten dargelegt und widerlegt worden, ohne dass sich an den

einzelnen Standpunkten etwas geändert hätte. Wohl aber scheint es, als habe sich eine Umgruppierung in der Front der Gegner vollzogen.

Kopf kann für sich buchen, dass die Sympathien für sein Gesetz im Lande wachsen; nicht zuletzt hat dazu die Massenkundgebung beigetragen, die vom katholischen Klerus Anfang März in Hannover inszeniert wurde. Sie hat nicht nur der bisher zurückhaltenden evangelischen Bevölkerung die Augen geöffnet, sie hat auch Politiker wie den DP-Bundesvorsitzenden Hellwege auf dem Parteikongress des Hamburger Landesverbandes zu Warnungen vor der drohenden Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens bewegt. Die Deutsche Partei in Niedersachsen lag bisher nicht auf dieser Linie, zumindest nicht im Landtag, aber dafür waren wohl weniger Gründe der inneren Überzeugung massgebend als eine grundsätzliche Gegnerschaft um jeden Preis gegen den Sozialdemokraten Kopf. Das erbrachte die ungewöhnliche Situation, dass Kopf, wie auch aus der Auseinandersetzung mit dem Bischof von Münster hervorgeht, das tat, was nach ihrer bisherigen Vergangenheit vor allen der DP gut zu Gesicht stünde: die Rechte der evangelischen Bevölkerung vor Anmassungen zu schützen.

Nach den Hamburger Erklärungen Hellwegs steht die DP nun vor der schwierigen Aufgabe, einen geordneten Rückzug anzutreten, denn in einem Jahr gibt es Landtagswahlen und selbst im Lager der DP dürfte man sich nicht der Illusion hingeben, dass man im katholischen Teil Niedersachsens das an Stimmen gewinnen, was man dank Schulgesetz in den evangelischen Landesteilen zusetzen wird. Auch die niedersächsische CDU steht vor einem Dilemma. Die überwiegend protestantischen Abgeordneten spüren einmal den schweren (katholischen) Druck aus Bonn, zum anderen aber den Druck der Tatsache, dass die berufenen Stellen des evangelischen Kirchenlebens den Regierungsentwurf als Verhandlungsgrundlage mit einigen Abänderungswünschen akzeptieren. Auf diese Situation ist auch der Versuch interessierter Kreise zurückzuführen, über schlesische Katholiken in die Front des BHE einzubrechen.

Das Gesetz liegt zurzeit auf Eis; es ist noch nicht einmal im Kultusausschuss behandelt worden, dessen Vorsitzender, der DP-Abgeordnete Pastor Schönfelder, ein heftiger Gegner der Vorlage ist. Die Energien des Landtags entladen sich zurzeit am Schulverwaltungsgesetz, das die materiellen Dinge der Schulreform regeln soll. Es ist die Absicht der Regierungsparteien, nach Verabschiedung des Schulverwaltungsgesetzes das eigentliche Schulgesetz forciert zu behandeln. Beide Vorlagen sollen noch vor den Parlamentsferien Gesetz werden, denn es wäre wenig glücklich, wenn der Wahlkampf von 1955 durch ein unfertiges Schulgesetz beeinflusst würde.

Vor der Genfer Konferenz:Wer ist Tschu En-lai ?

H.S. Der chinesische Ministerpräsident und Aussenminister der Peking-Regierung, Tschu En-lai, der bei der am 26. April in Genf beginnenden Asien-Konferenz am runden Tisch sitzen wird, ist für den Westen kein so unbeschriebenes Blatt, wie die meisten anderen Pekinger Spitzenfunktionäre. Schon der erste Amerikaner, der offiziell mit ihm in Berührung kam, nämlich der wegen seines überdimensionalen Schnauzbarts berühmte Generalmajor Hurley, war von Tschu beeindruckt. Dieser empfing den General, der damals (November 1944) zwischen den Kommunisten und der Kuomintang vermitteln sollte, in einem kostbaren chinesischen Seidengewand und bot ihm einen kunstvoll geschnitzten Stuhl an. Der Abgesandte Washingtons hatte schlichtere Bräuche in der roten Hauptstadt Yenan vermutet, und Mao Tse-tung selbst trat ihm tatsächlich in grober Bauernkleidung entgegen und forderte ihn auf, sich auf den Fussboden zu setzen. Tschu, der einer alten vornehmen Beamtenfamilie entstammt, gilt als der Aristokrat unter den chinesischen Kommunisten, als Mann, der den Wohlstand liebt und mit dem man reden kann. Als sechs Jahre später die amerikanischen Diplomaten und Konsulatsangestellten aus dem "Reich der Mitte" ausgewiesen wurden, liess sich allerdings auch Tschu En-lai nicht blicken...

Mehrjährige Europa-Schule

Anders als sein grosser Gegenspieler, der fanatisch eisenharte Stellvertreter Mads in der Parteiführung, Liu Schao-ch'i, ging Tschu immer den Weg des geringsten Widerstandes. Während das Parteschiff durch die Klippen des Verrats fuhr und in der Flut der Säuberungen mehr als einmal unterzugehen drohte, schwamm er in seiner elastischen und versöhnlerischen Art, ein chinesischer Talleyrand oder Fouché, immer oben. Meisterhaft beherrscht er die Technik, im kritischen Augenblick stillzuhalten und sich dann auf die stärkeren Seite zu schlagen. So hat er, seitdem man 1924 ihn, den damals 26jährigen Studenten und Berufsrevolutionär, zum Parteiführer in der von Tschiang Kai-scheks Truppen besetzten Provinz Kanton machte, mit kurzen Unterbrechungen immer wichtige Funktionen innegehabt. Damals war er gerade nach mehrjährigen Europa-Aufenthalt in die von blutigen Unruhen und geistiger Zerrissenheit erfüllte Heimat zurückgekehrt.

Der Boden war ihm hier vorher zu heiss gewesen, denn schon als Zwanzigjähriger hatte man ihn, weil er eine linksgerichtete Studentengruppe führte, wegen Aufruhr verhaftet. Nach der Flucht wandte er sich nach Deutschland. Eine Zeitlang arbeitete er als Werkstudent in den Kohlengruben des Ruhrgebietes. In Berlin gründete er 1920 eine Zweigstelle der chinesischen Sozialistischen Jugendgruppe. Im Sommer 1921 nahm er an der Gründungsversammlung der Pariser Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Chinas teil.

Mehrere Monate war er auch in Grossbritannien und lernte fliessend englisch sprechen. Aber das war ihm erst in zweiter Linie wichtig. In der Zusammenarbeit mit der französischen Kommunistischen Partei und den Pariser Vertretern der Komintern verschaffte er sich die für seine Karriere ausschlaggebende Achtung des internationalen Kommunismus.

Partner und Gegenspieler Tschiana Kai-schek

Ein Jahr lang war er Leiter der Abteilung "politische Schulung" an der von Tschiang geleitet und weltberühmt gewordenen Militärakademie Wampoan. Da erhielt er den Befehl, in Schanghai eine Revolte zu organisieren und die Stadt den Kuomintangtruppen in die Hände zu spielen. In wenigen Monaten hatte Tschu 60 000 Mann hinter sich, Terroristengruppen und Milizverbände. Aber Tschiang Kai-schek vertraute seinen kommunistischen Freunden damals schon nicht mehr voll. Bei der Einnahme Schanghai liess er Tschu kurzerhand festnehmen. Wie dessen Flucht aus dem Gefängnis gelang, ist bis heute ein Geheimnis geblieben.

Als die beiden 1936 wieder zusammentrafen, hatte sich das Blatt gewandt. Der "Generalissimus" war in Schar in die Hände seines eigenen Armeeführers Tschang geraten, der selbst zur Macht drängte. Auf Befehl Moskaus zog Tschu, der damals bereits das Russenamt der Nordwestchina beherrschenden Kommunistenregierung bekleidete, nach Sian. Mit den Worten "Herr Vorsitzender, ich bin gekommen, die Verlobungsanzeige für die Kuomintang und die Kommunistische Partei aufzusetzen" betrat er die Haftzelle. Tschiang beugte sich dem Zwang, willigte in die Zusammenarbeit gegen die Japaner. Diese merkwürdige Freundschaft war bis zur entscheidenden Auseinandersetzung nach dem zweiten Weltkrieg im Grunde immer nur ein abwechselnd kalter und heisser Bürgerkrieg. Aber Tschu En-lais Ruf als bester Diplomat der kommunistischen Regierung war von diesem Augenblick an unerschütterlich.

Er vertrat Mao Tse-tung, als die berühmte Aktion General Marshall's zur Vermittlung mit den Nationalchinesen scheiterte, er führte in den letzten Jahren mehrfach monatelange Verhandlungen in Moskau. Aber seinen persönlichen Einfluss auf die Generallinie der Peking'schen Politik sollte man nicht überschätzen; er ist doch wohl immer noch das ausführende Organ der Parteizentrale gewesen. In den Formen und Mitteln ist Tschu En-lai ein echter Vertreter der chinesischen Politik, deren Wesensmerkmale sich gleich bleiben, wenn auch die Seiten und die Träger der Macht wechseln.

+ + +

Stempel im Pass genügt

(sp) In der Politik wie im menschlichen Bereich führen oft der kleine und kleinste Schritt schneller weiter als grosse Sprünge, die im Ansatz stecken bleiben. Die Väter des europäischen Zusammenschlusses machten, als sie die Montan-Union verwirklichten und nun die EVG auf die Beine stellen wollen, gewiss zu grosse Sprünge. Das bestätigen uns täglich neu die Nachrichten über diese Bemühung. Als eine freundliche Oase erscheint in dem eintönigen Frau dieser wenig hoffnungsvollen Situation die Nachricht aus Paris über den Beschluss der französischen Regierung, vom 15. Mai an für deutsche Urlaubsreisende den Visumzwang aufzuheben. Dies ist heute allerdings keine Pioniertat mehr, denn bei acht europäischen Ländern besteht diese Regelung bereits und nach Frankreich soll zwei Tage später auch Österreich folgen. In umgekehrter Richtung, d.h. vom Auslande in die Bundesrepublik, gilt Visumfreiheit sogar bereits für 21 Staaten.

Der Beschluss der französischen Regierung (an dem offenbar EVG-freundliche und -feindliche Minister harmonisch mitgewirkt haben) hat aber zweifellos eine Note von besonderer psychologischer Bedeutung. Immer wieder wird mit Recht gesagt, dass eine Einigung Europas nicht möglich sei, ohne dass sich Deutsche und Franzosen besser kennen und verstehen lernen. Diese intime Kenntnis voneinander können Diplomatie und Verträge nie ersetzen, so wichtig auch sie für die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Ländern sein mögen. Aber auf dem anderen Wege, der ständig erweiterten persönlichen Begegnung, des eigenen Augenscheins und der praktischen Erfahrung im Umgang mit Menschen jenseits der Grenzen, ist die jetzt in Aussicht genommene Massnahme ein ausserordentlich wichtiger und begrüssenwerter Schritt. Er wird bestimmt wohltätigere Folgen zeitigen als das gelegentliche Niederreißen von Grenzpfählen durch jugendlichen Überschwang.

Wenn in den kommenden Monaten, was zu vermuten ist, hunderttausende von Deutschen Frankreich erleben, dürften freilich auch manche Illusionen über den Grad der Europabegeisterung in diesem Lande verfliegen. Das ist nicht einmal zu bedauern, weil es immer besser ist, die Dinge so zu sehen, wie sie sind und nicht so, wie man sie sich wünscht. Auf weite Sicht ist diese Form, durch persönliche Begegnungen eine Politik der Annäherung und Verständigung zwischen zwei Völkern zu treiben, ein sicheres Unterpfand für eine dauerhafte Freundschaft als jede künstlich gezimmerte Konstruktion.

Verantwortlich: Peter Raunau